

THEMA: SITUATION der FLÜCHTLINGE

In den letzten Monaten wird viel über die "Asylantenschwemme" von den Bundes- und Länderregierungen, von der Presse und dem Fernsehen verkündet. Meldungen wie "Bundesaußenministerium verkündet, daß 600 Busse mit 27 000 Asylbewerber auf dem Weg in die BRD sich befindet" dienen der AUFHETZUNG der Bevölkerung - so wird z.B. die Ausländerfeindlichkeit und Asylantenhetze systematisch geschürt von Seiten der Bundesregierung.

Die Maßnahmen, die von den verschiedenen Bundesregierungen gegenüber den Flüchtlingen ergriffen worden sind - unter dem Motto der ABSCHRECKUNG - lassen jeden freiheitsliebenden und antifaschistischen Menschen erschauern - und hoffentlich wird ihn seine Wut und Empörung dazu bewegen, tatkräftig und solidarisch auf die Seite der politische Verfolgten zu stellen.

Die politischen Flüchtlinge kommen aus Ländern, in denen Krieg, Ausbeutung ("Billig-Lohn-Länder"), Unterdrückung, Verfolgung und Hinrichtungen auf der Tagesordnung stehen. Als Grund für eine Verfolgung z.B. genügt es, zu einem anderen Volk, zu einer anderen Rasse oder einer anderen Religion als die Herrschenden zu gehören.

Die Unterdrückung und Verfolgung in diesen "unzivilisierten, entwicklungsbedürftigen" Ländern dient dazu, die politisch und wirtschaftlichen Verhältnisse ("Billig-Lohn-Land", Rohstofflieferant, Waren- und Waffenabnehmer) aufrechtzuerhalten, damit die "zivilisierten Industriestaaten" riesige Profite machen können. Durch diese Unterdrückung und Ausbeutung profitieren in erster Linie die Kapitalisten. Aber auch Nutznießer ist die Bevölkerung der "Industriestaaten", denn sie erfreuen sich an ihren verhältnismäßig höheren Lebensstandard; schauen dabei manchmal mitleidig auf die armen Menschen in den "Entwicklungsländern", die ihr tägliche Reisportion nicht einmal haben, obwohl dort tonnenweise Reis geerntet (aber in die "Industriestaaten" exportiert) wird.

Weitere Hinweise, auf die Situation in den Ländern, aus denen die politische Flüchtlinge hierher fliehen:

Türkei: Hier herrscht weiterhin ein faschistisches Regime. In diesem Land werden Angehörige anderer Nationen wegen ihrer nationalen und sozialen Forderungen noch immer brutal unterdrückt, gefoltert und hingerichtet. Ein Kurde darf sich nicht in der Türkei als Kurde bezeichnen, sondern soll durch die Drohung (15 Jahre Gefängnis) gezwungen werden, seine Nationalität und Kultur zu verleugnen. Der westdeutsche Staat unterstützt dieses Regime. Im Jahre 1985 z.B. wurden zusätzlich 900 Millionen DM an die türkische Regierung gezahlt. 1985 machte die "deutsche Waffenschmiede" riesige Gewinne, indem sie z.B. die Ausrüstung für eine Panzerdivision im Werte von 3,5 Milliarden lieferte (FAZ 4.3.1985). Auch diese Panzerdivision soll die Unterdrückung z.B. der kurdischen Nation aufrecht erhalten. Die kurdischen Flüchtlinge, die hier Asyl beantragen, werden in ihrem Land auch mit deutschen Waffen unterdrückt.

Libanon: Seit den letzten Jahren ist das Land von Syrien und Israel besetzt, die ihre verbrecherische Politik gegen die Bevölkerung (ua. Bombardierung von Flüchtlingslager, Massaker durchführen) fortführen.

Äthiopien: Dort wird die Befreiungsbewegung von Eritrea durch das faschistische Regime in Äthiopien (heute mit Hilfe von Sowjetunion und Kuba, früher unter Haile Selassie mit Hilfe der USA und Westdeutschland) unterdrückt. Trotz der sogenannten vier Vernichtungsfeldzüge besteht die Befreiungsbewegung. Die barbarische Politik des äthiopischen Regimes zwang große Teile der Bevölkerung von Eritrea (vor den Vernichtungsfeldzüge) zu fliehen nach Sudan... nach Westdeutschland.

Iran/Irak: Der Krieg dauert nun schon 7 Jahre - der Krieg ist nicht im Interesse der Bevölkerung beider Länder, sondern im Interesse der herrschenden Klassen beider Länder und der Imperialisten. Z.B. gehört der westdeutsche Imperialismus zu den stärksten Unterstützern dieses Krieges: es wurden in den Jahren von 1981-85 Waffen und Militärfahrzeuge mindestens im Werte von 6,3 Milliarden DM an den Irak und 6,1 Milliarden an den Iran geliefert. Der Besuch von Außenminister Genscher in Iran war ein weiterer Beweis, wie stark der westdeutsche Imperialismus dort an profitablen Geschäften interessiert ist ua. auf Kosten der Bevölkerung Irans. Dies wird auch im Artikel der FR vom 23.8.86 deutlich: "Ein Land wie Iran muß man mit der Lupe suchen - Der Chef der Handelskammer in Teheran sieht die wirtschaftlichen Aussichten mit ungebrochenem Optimismus"

Diese kurzen Beispiele legen dar, daß auch der westdeutsche Imperialismus direkt für die politische und wirtschaftliche Situation in diesen Ländern nicht nur mitverantwortlich ist, sondern auch riesige Gewinne dabei macht.

Wenn viele Menschen wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Situation, wegen der Ausbeutung, Unterdrückung und Folterung (laut Asylablehnungsbescheide entweder nicht existiert oder gar gebilligt werden wie "Folterungen zur Straftataufklärung sind gerechtfertigt und kein Asylgrund") fliehen, sollen sie in Westdeutschland nicht hereingelassen werden: 'Grenzen dicht' lautet die Politik aller Parteien in den Bundes- und Länderregierungen - als jüngstes Beispiel dafür ist die Schließung des Transitweges von Ost- nach Westberlin durch SPD/CDU/CSU/FDP und der SED bzw. DDR-Regierung!

Was erleben die Flüchtlinge, die vor der Verfolgung, die aus den Kerkern in ihren Ländern fliehen, hier in Westdeutschland ?

Sie werden in Sammellagern untergebracht - gegen sie wird die Bevölkerung aufgehetzt. Die Flüchtlinge sind nicht nur jeden Moment mit Abschiebung und Abschiebungshaft bedroht, sondern werden auch in Nacht- und Nebel-Aktionen einfach abgeschoben. Sie werden durch miserable Versorgung mit quasi ungenießbaren, d.h. deutschen Essen konfrontiert, fehlender medizinischer Betreuung ausgesetzt, zusammengepfercht in schlechten Unterkünften usw. . Maßnahmen werden ergriffen, daß sie keine Sprache lernen sollen. In typischer deutscher Herrenmenschenmanier meint ein Sozialbeamter in Augsburg: "Die Flüchtlinge brauchen keine Büllen... warum liest ihr überhaupt Bücher. Ihr sollt spaziergehen und Deutschland genießen."

Die politischen Flüchtlinge dürfen formal erst nach fünf Jahren arbeiten (Arbeitsverbot), ABER werden gezwungen für den Stundenlohn von ca. 1,50 DM zu arbeiten (mit der Drohung, sonst die Sozialhilfe zu streichen). Die Beamten von Sozialamt sind überwiegend von der Hetzkampagne so stark beeinflusst, daß sie die politisch Verfolgten hier wie Verbrecher behandeln.

Die ständige und systematische Asylantenhetze und geschürte Ausländerfeindlichkeit durch die Bundesregierungen, durch die Parteien wie CDU/CSU/FDP/SPD ua., durch die Presse und das Fernsehenn hat in der Bevölkerung Niederschlag gefunden. Ausländer und politisch Verfolgte werden täglich der Pöbeleien auf der Straße, in den Straßenbahnen ua. ausgesetzt, hören die widerlichen Ausländer- und Türkenwitze; auch die Bezeichnungen wie "getürkt", "Du Asylant" (als Schimpfwort) haben sich eingebürgert !

Nicht wenige politisch Verfolgte nehmen den Kampf gegen diese unmenschliche Behandlung hier im "zivilisierten" Westdeutschland auf: Fordern (und setzen z.T. durch) bessere Behausung, andere Verpflegung bzw. Eigenverpflegung... machen durch Hungerstreiks auf ihre miserable Situation aufmerksam.

ES IST EINE POLITISCHE PFLICHT ALLER DEMOKRATEN UND ANTIFASCHISTEN, DEN POLITISCH VERFOLGTEN UNTERSTÜTZUNG UND SOLIDARITÄT DURCH WORT UND TAT UNTER BEWEIS ZU STELLEN !

WER ASYLANTENHETZE, RASSISMUS UND ABSCHIEBUNG HINNIMMT - UND NICHT VERHINDERT - MACHT SICH M I T S C H U L D I G, DASS DIE POLITISCH VERFOLGTEN UNTERDRÜCKT, GEFOLTERT UND ERMORDET WERDEN !

Unsere gemeinsame Arbeit und Solidarität muß eine harte Antwort sein gegen die "Abschreckungsmaßnahmen", gegen die Hetze und Demagogie des westdeutschen Staates, der immer versucht, die Menschen wegen ihrer verschiedenen Hautfarbe, Nationalität, Religion und Geschlecht zu spalten, um sie gegeneinander aufzuhetzen.

WIR SOLLTEN UNSERE SOLIDARITÄT VERSTÄRKEN IM KAMPF GEGEN DEN RASSISMUS UND DEN DEUTSCHEN CHAUVINISMUS, IM KAMPF GEGEN DIE ABSCHIEBUNG VON DEN POLITISCH VERFOLGTEN !

IRANISCHE GEMEINDE DARMSTADT

25.11.86